

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

30.1.1925 (No. 25)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Verantwortlicher:
Nr. 958
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. A. M. e. n. d.
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und umwärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abgabe von Anzeigen, welche die Verbreitung und Konsumvermehrung fördern, wird der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in Lieferant, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen.

Wirtschaftliche Umschau

Die Finanzen des Reiches sind wieder in Ordnung, das hat der neue Reichsfinanzminister v. Schlieffen in seiner Programmrede im Haushaltsauschuss des Reichstags festgestellt, aber auch zugleich darauf hingewiesen, daß es die Hauptaufgabe sein werde, sie weiter in Ordnung zu halten. Wir haben im letzten Jahre eine Mehreinnahme von 1,2 Milliarden Mark, aber zugleich auch Mehrausgaben, die noch nicht zu übersehen sind, weil noch Verpflichtungen des Reiches, vor allem in bezug auf Entschädigungen, aus dem Vorjahre laufen. Doch hofft man, für das Haushaltsjahr 1924 ohne Defizit auszukommen und vielleicht noch mit einem kleinen Betriebsfonds von 150 bis 200 Millionen Mark (in der Vorkriegszeit betrug er 600 Millionen) in das neue am 1. März beginnende Etatsjahr eintreten zu können. Der Reichsfinanzminister veranschlagt die Steuereinnahmen 1925 auf rund 6 Milliarden, wovon 2 Milliarden den Ländern und Gemeinden zugute kommen sollen. Die Ausgaben des Reiches einschließlich der für Reparationszwecke werden auf 4 Milliarden geschätzt, sich aber bis 1930 auf mindestens 4,9 Milliarden steigern. Wir schwimmen also durchaus nicht in Geld, und deshalb ist äußerste Sparamkeit weiter das erste Gebot, ein Gebot, das freilich nicht überall eingehalten wurde, wie die fortschreitende Untersuchung der Finanzaffären und der Bewirtschaftung öffentlicher Gelder zeigt.

Diese Affären vermehren sich weiter und zu den Fällen Kautzner, Barmat, Seehandlung usw. kommen immer neue hinzu. Die Untersuchung hat bis jetzt schon ergeben, daß eine Reinigung unseres öffentlichen Lebens dringend notwendig ist. Es ist einfach unerträglich, daß führende Persönlichkeiten in der Politik, was ja jetzt nachgewiesen ist, ausländischen Geschäftsleuten und noch dazu solcher Art wie Barmat, nicht nur Aufenthaltserlaubnisse verschaffen, sondern sie dem Präsidenten der preussischen Staatsbank zu wohlwollender Berücksichtigung in Geschäften, d. h. Kreditangelegenheiten empfehlen. Und überdies ist einer dieser Politiker, der Abg. und Vorsitzende der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, Heilmann, der gar kein Kaufmann ist, in Aufsichtsratsstellen einiger Gesellschaften seines so empfohlenen Freundes. Ebenso bedauerlich sind die Empfehlungsbriefe, welche der frühere Reichskanzler Bauer und der sächsische Minister Dr. Grabnauer an den Präsidenten der Staatsbank zugunsten Barmats geschrieben haben, obwohl doch z. B. Herr Bauer als Gewerkschaftsbeamter kaum die Kreditwürdigkeit und Zuverlässigkeit Barmats zu beurteilen in der Lage war.

Die große Steuerreform, die ja auch eine Neuordnung des Finanzausgleichs und eine Neueinteilung der Steuerquellen bringen wird, ist bereits in der Vorbereitung und soll beschleunigt werden. Neben den Einnahmen ist auch die Neuordnung der Ausgaben auf den mannigfachen Gebieten Aufgabe der künftigen Reichsgesetzgebung, so vor allem in bezug auf die Beamtenbesoldung und die Aufwertungsfrage, deren so dringend notwendige endgültige Regelung durch Gesetz nun angekündigt ist. Dieses Gesetz soll nach den Ankündigungen des Reichsfinanzministers den Forderungen sozialer Gerechtigkeit Rechnung tragen und Spekulationsgewinne ausschließen. Die Aufwertung selbst wird freilich ihre Schranken an dem Leistungsvermögen der öffentlichen Finanzen und der Wirtschaft finden. Über die Höhe der in Aussicht genommenen Aufwertung ist noch nichts zu hören, jedenfalls aber wird auch die neue Reichsregierung nicht in der Lage sein, die Verpflichtungen mancher Parteiredner im Wahlkampf zu erfüllen. Nach Mitteilung des württembergischen Justizministers hat Württemberg bei der letzten Länderkonferenz eine Aufwertung von 25 Proz. mit Rückwirkung bis zum 1. Januar 1922 befürwortet, während die Spitzenverbände der Privatwirtschaft sich natürlich gegen eine Erweiterung über das bisherige Maß ausgesprochen haben.

Dringend wünschenswert wäre es, daß nicht nur die noch im Besitz von aufwertungsunfähigen Papieren usw. Befindlichen, sondern auch die viel Armeren entschädigt werden, welche ihre Papiere usw. längst veräußert haben müssen, um nicht Hungers zu sterben. Es ist auch nicht moralisch, wenn der Staat Personen, die durch seine Finanzpolitik um alles gekommen sind, lediglich auf die Unterstützung durch ihre Angehörigen verweist und sie von den Kleinrentnerunterstützungen ausschließt, wie dies gegenwärtig geschieht.

Im Haushaltsauschuss des Reichstags kamen auch die Entschädigungen für die Ruhrindustrie zur Sprache und es ist sehr begrüßenswert, daß dabei darauf hingewiesen wurde, daß bei den Reichsentschädigungen für Kriegs- oder Nachkriegsschäden nicht mit zweierlei Maß gemessen werden dürfe. Auch hier darf nicht nur allein die Bedeutung des betreffenden Wirtschaftszweiges maßgebend sein, sondern es muß auch das rechtliche und soziale Moment berücksichtigt werden. Bei Ausweisungen aus dem Osten werden z. B. nur „Sachschäden“ ersetzt und wer solche nicht nachweisen kann, erhält trotz Ausfüllung endloser Fragebogen nichts, auch wenn er noch so klar zeigen kann, daß er infolge seines Eintretens für das Deutschland um seine Existenz gekommen ist. Dabei ist ein sehr umfangreicher Beamtenapparat zur, freilich recht notwendigen, Prüfung aller Ansprüche tätig, mit dem Erfolg, daß viele mit lächerlichen Bruchteilen ihrer Schäden, abgefunden wurden, manche aber auch gar nichts erhalten haben, so klar ihre Schädigung auch auf der Hand lag. Wenn für die rheinische Schwerindustrie sich Millionen aufbringen lassen, so müßten auch Gelder für die Kleingeschädigten vorhanden sein.

Das Plenum des badischen Landtags wird in der nächsten Woche wieder zusammentreten und dann wohl die Aussprache über die verschiedenen wirtschaftspolitischen Fragen, die ja auch die Hauptthema der letzten Sitzungen waren, forsetzen.

Zu dem unerwünschten Thema „Wohnungsfragen“, das nicht nur das Landesparlament, sondern ebenso die Stadtverwaltungen wie überhaupt die Öffentlichkeit in Presse und Versammlungen dauernd beschäftigt, hat nun das badische Innenministerium dem Landtag eine von uns bereits im Auszug veröffentlichte Denkschrift überreicht, die ein lehrreiches Bild der Lage in Baden bietet. Die Denkschrift tritt für großzügige, opferreiche Maßnahmen ein, um wirksam der Wohnungsnot entgegenzutreten, unter der ja nicht nur der Einzelne persönlich leidet, sondern die ja auch das gesamte Wirtschaftsleben aus schwerster beeinträchtigt und den allgemeinen Wiederaufstieg hemmt. Trotzdem von 1914 bis 1923 in Baden über 33 000 Wohnungen neu erstellt wurden, darf man annehmen, daß im Lande ein Fehlbetrag von rund 25 000 Wohnungen besteht und daß die Bautätigkeit der letzten Jahre lediglich den laufenden Neubedarf gedeckt hat. Dieser jährliche Neubedarf wird in Baden auf 6000 bis 7000 neuentstehenden Haushaltungen geschätzt. Die Hauptschwierigkeit besteht darin, daß das Bauen viel teurer als im Frieden ist, nicht nur weil die Baumaterialien teurer geworden sind, sondern auch infolge der teureren Baugelder, soweit solche überhaupt zu erhalten sind. Die Denkschrift stellt fest, daß hier der Staat, wie dies ja auch im Ausland der Fall ist, eintreten muß. Man könnte große Mittel durch Erhöhung der Gebäudesteuer aufbringen, zumal die Mieten auch weiterhin dem Friedenssatz näher gebracht werden müssen, und wird freilich auch die Tatsache in Rechnung ziehen müssen, daß erst die Neuordnung des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden den notwendigen Überblick über die vorhandenen Steuerquellen schaffen wird.

Einer Aufhebung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen, die natürlich nicht zum Dauerzustand werden kann, stehen gegenwärtig noch die bekannten Hindernisse entgegen. Hier ist es nicht so einfach wie bei den Lebensmitteln die nach Aufhebung der Zwangswirtschaft, oft sogar billiger, vom Ausland bezogen werden könnten. Bei sofortiger Aufhebung aller bestehenden Einschränkungen würden bei der augenblicklichen Lage des Wohnungsmarktes Lohnkämpfe mit allerhöchster Wirtschaftskrisen kommen, weil eben die Wohnungsnot nur durch Wohnungsbau bekämpft werden kann. Dieser ist aber eine Frage von Jahren, selbst wenn Baugelder in ganz anderem Umfang und zu günstigeren Bedingungen erhältlich wären als heute. Freilich muß die Frage immer wieder behandelt werden, wie allmählich abgebaut und die allerunerwünschten Schattenseiten für die Beteiligten gemildert werden können. Den glücklichen Inhabern billiger Wohnungen — die „Altmieten“ wohnen alle billig — stehen nicht nur die Hausbesitzer, sondern auch die Wohnungsuchenden gegenüber, welche das größte Interesse an der Neuschaffung von Wohnungen haben. Es wird der Ausgleich weiter gesucht werden müssen, welche einerseits den alten Hausbesitz besser stellt — nicht diejenigen, welche mit Hilfe einiger gebämterter Goldstücke oder durch

Inflationsgewinne Hausbesitzer werden konnten — und welcher andererseits Mittel zum Wohnungsbau in größtem Umfang schafft, ohne daß die damit Bedachten in ungerechtfertigter Weise sich damit bereichern können. Wie vorzüglich in der Wohnungswirtschaft vorgegangen werden muß, zeigen die stellenweise geradezu skandalösen Verhältnisse auf dem Gebiet der möblierten Zimmer. Obwohl alte Möbel gegenwärtig nur einen ganz geringen Wert haben, werden für möblierte Zimmer Preise gefordert, die weit über den Friedensmieten und in keinem Einklang zur Leistung stehen. Und das ermöglicht vielen auch heute noch das Festhalten an größeren Wohnungen als ihrem Einkommen entspricht. Hier und auch sonst vielfach wirkt sich die heutige Zwangswirtschaft direkt ins Gegenteil ihres beabsichtigten sozialen Zweckes aus.

„Feuerung, Löhne und Gehälter“ war ein anderes Thema, das den badischen Landtag beschäftigte. Es ist kein Zweifel, daß vielfach der Reallohn unter dem des Friedens ist, und daß für breite Schichten, namentlich die unteren Beamten und Arbeiter geradezu eine Notlage besteht. Auch wenn die Ziffern des Reichsindex als Grundlage für ein Existenzminimum angenommen werden, ist dadurch nur ein roher Anhaltspunkt geschaffen, denn er berücksichtigt z. B. nicht, daß der einzelstehende Unberufte viel teurer als im Frieden wohnt. Darauf ist es auch wohl zurückzuführen, daß Privatangestellten in der unteren Stufe Gehälter gezahlt werden mußten, die etwa das Doppelte des Friedenseinkommens ausmachten, wie es z. B. im Bankgewerbe der Fall ist, während der Reallohn leitender Angestellter bei weitem nicht immer den Friedenslohn erreicht. Und andererseits gibt es wieder eine Überspannung des „Leistungsprinzips“, das durch die Prämienbewährung bei der Reichsbahn, also gerade bei einer Behörde, zweifellos falsch verstanden worden ist. Wenn im Landtag ein Regierungsvertreter ausführte, daß ein solches System mit einem beamtenmäßig aufgezogenen Apparat schwer vereinbar ist, so kann man ihm nur zustimmen. Der Beamte genießt eine ganz andere Sicherung seiner Existenz als der in der Privatindustrie Tätige, der nach Aufgabe seiner Stellung nicht über Nebeneinkommen aus Ruhegehalt oder Abgebauten-Entschädigung verfügt, sondern allein auf das angewiesen ist, was er sich durch seine Leistung verschafft. Daß auch aus politischen Gesichtspunkten heraus ein solches System den allerhöchsten Bedenken unterliegt, braucht kaum näher ausgeführt zu werden.

Zu Weihnachten wurden Millionenbeträge an Dienstprämien zunächst für den siebenten Teil der Beamten ausbezahlt. Die Prämien betragen für die unteren Gruppen 4 Proz. des Jahresgehalts. Von Gruppe 10 aber wurden nach bisher nicht dementierten Mitteilungen Prämien von 2400 Mk. bis 12 000 Mk. ausbezahlt! Ein ähnliches System soll übrigens auch bei der Reichspost bestehen. Wenn auf die großen Arbeiterentlassungen und die Abbaumassnahmen bei der Reichsbahn in diesem Zusammenhang hingewiesen wird und die Vorgänge böses Blut gemacht haben, so ist das nicht verwunderlich. Dabei gibt überraschenderweise der Verwaltungsrat der Reichsbahngesellschaft gerade in diesen Tagen bekannt, daß die Finanzlage der Gesellschaft weiter gespannt ist und „bei nicht zu ungehenden Erhöhungen der Ausgaben eine gleichzeitige Steigerung der Einnahmen erfolgen“ müsse. Gegebenenfalls müsse eine Erhöhung der Personentaxe und unter Umständen eine Steigerung der Tarife für die Zeitkarten erfolgen. Abgesehen davon, daß das Dawes-Gutachten, das sich eingehend mit der Frage der Wirtschaftlichkeit der deutschen Eisenbahnen beschäftigt hat, ausdrücklich den Weg der Erhöhung der Tarife ablehnt und auf die Rationalisierung der Geschäfts- und Betriebsführung hinweist, liegen die deutschen Tarife an und für sich schon über den Sägen anderer Länder, und es würde eine Erhöhung die gesamte Bevölkerung aufs schwerste belasten und zu einer neuen Verteuerung der Lebenshaltung für die Gesamtheit führen.

Die letzte Reichsindexziffer zeigt zwar einen Stillstand der Feuerungsbewegung an, immerhin aber ist diese in den letzten Monaten weit genug fortgeschritten und gerade Baden hat hier recht ungünstige Verhältnisse. Die höchsten Feuerungszahlen im Reich haben nach den Nachweisen des Statistischen Reichsamts badische Gemeinden. Unter dem Stichtag vom 17. Dez. ist die teuerste Gemeinde im Reich Konstanz mit 127,18 M., dann folgen u. a.: Lörrach 125,74, Bruchsal 122,10, Karlsruhe 121,85, Frei-

Mit der Beilage: 8. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtags

burg 121,08, Wiesbaden 120,22, Mannheim 119,34, Durlach 119,16, Willingen 119,02, Godesberg 118,67, Offenburg 118,45 usw. Nürnberg hat 105,30. Die niedrigste Feuerungszahl wurde für Güstrow — mit 87,67 M. — festgestellt.

Sehr wichtig sind die Brot- und Mehlpreise. Ein Nachweis z. B. über den Weizenmehlpreis in deutschen Großstädten zeigt, daß sich der Preis für ein Pfund zwischen 20 und 27 Pfennig bewegt. Karlsruhe hat den höchsten Preis, Mannheim (mit München u. a.) zahlt zwei Pfennig weniger. Wenn jetzt trotzdem von der Mühlenindustrie, die ja auch für Baden große Bedeutung hat, Mehlscholle gefordert werden dürfen — so wird dieses Verlangen in der Fachpresse damit begründet, daß es volkswirtschaftlich nicht richtig sei, statt des Getreides Müllereiprodukte einzuführen und so dem Ausland die Arbeitslöhne und den Verdienst für die Weiterverarbeitung des Getreides zu zahlen, während die deutsche Mühlenindustrie unter Arbeitsmangel leide. Die Gesamtmehlzufuhr nach Deutschland wird 1924 auf 6½ Mill. Meterzentner angenommen, was einer Getreidemenge von 1 Million Tonnen entspricht. Es fragt sich freilich, wie hoch der Mehlsoll werden soll. Er würde sich bei Weizenmehl im Preise wahrscheinlich geltend machen, wenn auch die Mühlen erklären, sie könnten dadurch besser ihre Betriebe ausnützen und billiger arbeiten. Bei Roggenmehl bestände diese Gefahr weniger, da ja Deutschland davon wenig importiert und Roggen auch jetzt schon in der Hauptsache im Inland ausgemahlen wird.

Die Ministerpräsidentenwahl in Preußen

Während die Reichspressen weiterhin der Meinung ist, daß die Wahl des preussischen Ministerpräsidenten durch den Landtag am heutigen Freitag nicht stattfinden werde, sind die „Germania“, das „Berliner Tageblatt“ und der „Vorwärts“ der Ansicht, daß eine hinausgeschobene Wahl nicht erfolgen werde. Das letztgenannte Blatt behauptet, daß die drei bisherigen Koalitionsparteien, Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten dahin übereingekommen seien, daß der preussische Ministerpräsident heute gewählt werden müsse, die drei Parteien würden deshalb gegen einen Verlagsantrag stimmen. Eine Annahme des Verlagsantrages könne nur erfolgen, wenn außer den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei auch die Kommunisten dafür stimmen würden.

Aber den Verlauf der gestrigen Fraktionsführung des preussischen Zentrums weiß die „Germania“ zu melden, daß die Fraktion zu einer einheitlichen Auffassung über die Lage gekommen sei. An dem Standpunkt der Partei habe sich nichts geändert. Sie werde sich unter keinen Umständen an einer Reichsregierung in Preußen beteiligen, oder einem der Reichsregierungen ähnlichen Gebilde die Wege ebnen.

Zentrumsstimmen gegen die Reaktion

Die „Germania“ schreibt zur Lage: Gerade die jüngste Entwicklung in Preußen läßt keinen Zweifel mehr darüber, daß die gesamte Reaktion sich zusammengeschlossen hat, um zum zermalmenden Schläge auszuholen gegen alles, was in den letzten Jahren geschaffen wurde. Das Zentrum soll also seine Hand dazu bieten, sein eigenes Werk zu vernichten. Es sind die alten Kräfte, die das alte Preußen so oft gegen alles eingeseht haben, was den Anhängern des Zentrums wert und teuer war. Der alte kulturkämpferische Liberalismus hat sich mit dem Ostelbierum zusammengefunden, um die Wiedererrichtung des alten Preußens mit all seinen Einseitigkeiten vorzubereiten. Wir treten durchaus dem Gedanken bei, dem die „Königliche Volkszeitung“ bereits Ausdruck verliehen hat, daß man das Zentrum nur deshalb in die Bürgerkoalition hineinzubringen versuche, um es zu mißbrauchen und durch seine Beteiligung an der Regierung der Reaktion ihm die Kampfmittel aus der Hand zu winden. Diese Taktik wird das preussische Zentrum durchhalten und die Wege gehen, die ihm sein eigenes Interesse und das Wohl des Staates und des Volkes vorschreiben.

Wir machen insbesondere auf die schwere Gefahr aufmerksam, die die Regierung der Reaktion in den Rheinlanden notwendig hervorgerufen muß, und warnen in erster Stunde davor, den Bogen zu überspannen. Die Kräfte, die sich am 28. Januar zum Sturze der Regierung auf der Rechten zusammenschlossen, sind dieselben Kräfte, denen der § 18 der Reichsverfassung ein Greuel ist, es sind dieselben Kräfte, die die Bedeutung der Provinzen im Reichsrat mit allen Mitteln schmälern wollen, kurzum es sind jene Kräfte des Rückwärts, die im gesamten Westen stets die schärfste Ablehnung erfahren haben.

Angesichts einer solchen Lage können die Drohungen mit einer Landtagsauflösung nicht ernst genommen werden. Wenn sich der Kampf darum drehen sollte, die Wiederkehr der Reaktion in Preußen und des mit ihr verbundenen antikatolischen Systems zu verhindern, so würde man innerhalb der Zentrumspartei in Preußen damit die Kräfte wachrufen, die einen Erfolg des Wahlkampfes für das Zentrum unbedingt gewährleisten würden.

Wir wiederholen noch einmal, das Zentrum wird der von der Gegenpartei betriebenen Agitation nicht folgen und seinen Wege geradeaus unbeirrt fortsetzen. Das Experiment Luther wird die Zentrumspartei in Preußen, insbesondere nach der am Freitag und Samstag abgehaltenen Aussprache mit den Parteivorständen im Lande, nicht wiederholen. Will die Rechte den Kampf, so soll sie ihn haben. Das Zentrum fühlt sich stark genug, die Wege zu gehen, die im Interesse Preußens liegen, für das die Zentrumspartei seit Jahr und Tag selbstlos keine Kraft einsetzt.

Ergebnislose Staatspräsidentenwahl in Hessen

Die Wahl des Staatspräsidenten verlief am Donnerstag in 2 Wahlgängen erfolglos. Der frühere Staatspräsident Ulrich (Soz.), Kandidat der Linken, erhielt 32 Stimmen, der Minister des Innern von Brentano (Ztr.), Kandidat der neuen Koalition, die allerdings noch nicht gebildet ist, 34 Stimmen und der Kandidat der Kommunisten, Dr. Greuner 4 Stimmen. Da absolute Stimmenmehrheit erforderlich ist, war die Wahl erfolglos. Der Präsident verzichtete die Wahl zuerst auf unbestimmte Zeit, beräumte alsdann aber für den heutigen Freitag die Sitzung mit der gleichen Tagesordnung an, so daß die Wahl heute fortgesetzt werden dürfte.

Berriot erläutert seine Rede

Ihr öffentlicher Anschlag beschlossen

In der Donnerstag-Nachmittagsitzung der französischen Kammer erläuterte Ministerpräsident Berriot einige seiner Erklärungen am Mittwoch. Man gewann aus der Debatte den Eindruck, daß die Sozialisten großen Wert auf die Interpretation legen, die Berriot gab.

Berriot erklärte: Ich bedauere lebhaft, daß meine gestrige Rede zu polemischen Anlässen gegeben hat. Ich habe alles mögliche getan, um diese zu vermeiden, denn wenn diese Rede Ruhen bringen soll, dann doch wenigstens im Innern Frankreichs, um dem Auslande zu beweisen, daß die Demokraten ebenso patriotisch sind, wie irgend jemand sonst. Ich habe gesagt, daß ich in dieser heißen Angelegenheit der Kölner Zone mit aller Macht und mit allen Argumenten diskutieren werde, weil ich angesichts der Ereignisse, die sich in den letzten Jahren vollzogen haben, jetzt vor der letzten Gelegenheit stehe, die Sicherheitsfrage zu regeln. Ich habe auch gesagt, daß ich um keinen Preis wünsche, daß man annimmt, meine Meinung werde durch den Schein und nicht zugestandenen Wunsch diktiert, unnötig lange am Rhein zu bleiben. Nach meiner Ansicht sind die 3 Fragen der Schiedsgerichtsbarkeit, der Sicherheit und der Entwaffnung untereinander zu verbinden. Ich habe eine schwere Verantwortung nicht nur vor der Gegenwart, sondern auch vor der Zukunft. Wenn ich gestern deutlich gesprochen habe, so ist es geschehen, um zu beweisen, daß wir linksrepublikanisch ebenso wie jeder andere um die Sicherheit Frankreichs besorgt sind. Meine Rede appelliert an die Vernunft, an das Gewissen und die Klugheit der Männer der Freiheit und des Friedens, besonders an die in Deutschland. Nur dadurch allein kann eine Verständigung erzielt werden, die aus der wahrhaft tragischen Lage herausführt, damit endlich alles in Freiheit und Frieden arbeiten kann.

Es entstand hierauf eine Diskussion in scharfen Worten über einen Antrag des Sozialisten Varenne, betreffend den Anschlag der Rede, der der Kammerpräsident Painlevé dadurch ein Ende machte, daß er für kurze Zeit die Sitzung unterbrach.

Nach Wiederaufnahme der Kammerführung erklärte Berriot, indem er nochmals das Wort ergrieff, er bitte die Mehrheit, die seine Partei unterstützt habe, sich durch Kommentare der Gegner nicht den Sinn der Erklärungen, die er gestern gegeben habe, entfallen zu lassen. Was er gestern gesagt habe, entspreche vollkommen der Politik der Sicherheit und des Friedens, die die Regierung betrieben habe.

Es erregte große Beifälle, als der kommunistische Abgeordnete Cahin sich erhob und sichtbar vor der ganzen Kammer Beifall ertönte.

Hierauf wird der öffentliche Anschlag der Rede Berriots angenommen. — Über den Anschlag der von Berriot abgegebenen Erklärungen kann geschäftsordnungsmäßig erst am heutigen Freitag abgestimmt werden.

W.D. Paris, 30. Jan. „Petit Parisien“ meldet, daß sich letzten Schwere Zwischenfälle ereignet hätten, die einen Augenblick eine Spaltung in der sozialistischen Partei hätten befürchten lassen. Schon am Mittwoch nach Schluß der Rede Berriots habe man in der Kammer bemerkt, daß nur wenige Sozialisten ihm Beifall spendeten. Nach Schluß der Sitzung hätten hervorragende Mitglieder der Partei Berriot keinen Zweifel gelassen, daß seine Schlußfolgerungen ihnen nicht gefielen. In der Nachmittagsitzung der Kammer habe Berriot Mühe gehabt, die Sozialisten zu überzeugen und eine Erklärung zu geben, die befriedigte. Aus den Pressemeldungen ergibt sich ferner, daß auch in der Fraktionsführung der Sozialisten Partei sich keine Einigkeit für die Rede Berriots ergab. Es scheint, daß es zwischen dem linken und dem rechten Flügel zu Auseinandersetzungen gekommen ist.

Deutschland und die Rede Berriots

Die Kammerrede Berriots hat, wie die Berliner Blätter betonen, in Berliner politischen Kreisen tiefe Enttäuschung hervorgerufen. Bei dem Empfang der ausländischen Presse, der auf heute abgeräumt ist, werde Reichsminister Luther die Antwort der deutschen Regierung auf Berriots Rede geben. Auch in der Presse kommt die Enttäuschung über die Ausführungen des französischen Ministerpräsidenten zum Ausdruck.

Das „A. F.“ erklärt: Eigentümlich müsse es berühren, daß Berriot bei Erörterung der Räumungsfrage sich auf Material stützt, das bis heute der deutschen Regierung vorgehalten wird. Freundschaftlich und offen sei das Verfahren von London gewesen, eine Methode, die in der Rede Berriots leider vermisst werden müsse. Der „Vorwärts“ schreibt: Die Masse des französischen Volkes lebt unter der Zwangsvorstellung, daß Deutschland insgeheim gewaltige Rüstungen betreibt. Wir halten diese Vorstellung für lächerlich. Wäre Berriot stärker als er ist, so hätte er beruhigend wirken und vor Übertreibungen warnen können. Er hat alle Mühe auf die Stimmung des französischen Volkes genommen und keine auch die Stimmung des deutschen. Der „Lokalanzeiger“ erklärt, daß seine Ansicht, wonach mit Berriot kein neuer Geist in die französische Politik eingebracht sei, nunmehr von Berriot selbst bestätigt werde. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ führt aus, der Unfall Berriots habe für Deutschland einen bitteren Beigeschmack, da es in übermäßigem Vertrauen auf die Aera Berriot-Macdonald die schweren Belastungen des letzten Jahres auf sich genommen habe und nun feststellen müsse, daß nach Übernahme dieser Lasten nichts mehr zu hören sei von dem Geist der Versöhnung und dem Friedenswert der Londoner Konferenz.

Die Stresemann nahestehe „Zeit“ schreibt, wie es scheint, habe der französische Ministerpräsident kurz vor seiner Rede Kenntnis von Material erhalten, das entweder auf Agenten der französischen Regierung oder aber auf Verichte der Kontrollkommission zurückgehe. Jedenfalls handle es sich um sachliche Unterlagen, die auf deutscher Seite nicht bekannt seien und deren Wert vollkommen problematisch sei. Trotzdem halte sich Berriot für berechtigt, die heftigsten Anklagen gegen die deutsche Regierung zu erheben, ohne für die Nichtigkeit seiner Behauptungen den Beweis anzutreten. Auf dieser Grundlage könne eine brauchbare Diskussion natürlich nicht möglich sein. Das Blatt bezeichnet schließlich die Polemik Berriots als einen Rückfall in die Bahn Poincarés. Innerpolitische Schwierigkeiten und vielleicht das persönliche Temperament Berriots dürften dafür verantwortlich sein. Sider sei, daß Berriot auf diese Weise weder die Frage der Versöhnung noch die der Sicherheit Frankreichs werde lösen können.

Kein Attentat gegen Dorchy. Nach einer Meldung des „Ungarischen Telegraphen“ beruht das Gerücht von einem Attentat gegen den Reichsverweser Dorchy auf Erfindung. Gegen den Reichsverweser wurde weder ein Attentat, noch ein Attentatsversuch unternommen. Die Polizei hat eine Untersuchung darüber eingeleitet, wie dieses Gerücht entstehen konnte. Nach dem bisherigen Ergebnis der Untersuchung ist es darauf zurückzuführen, daß vom Zupersonal ein Geräusch vernommen wurde, ähnlich dem Pfiff einer Kugel, doch war dies eine Sinnestäuschung.

Die Untersuchung der Finanzaffären

Berechnung des preussischen Innenministers Severing, des früheren Reichskanzlers Bauer und des Polizeipräsidenten Richter

Im Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages für die Barmat-Affäre Angelegenheit betonte am Donnerstag Staatssekretär Meißner vom Büro des Reichspräsidenten, er sei vom Reichspräsidenten im vollen Umfange von der Amtsverschwiegenheit entbunden. 1919 seien in Amsterdam gelegentlich des Internationalen Sozialistenkongresses die Führer der deutschen Sozialdemokratie mit Barmat persönlich bekannt geworden. Anschließend sei Barmat vom Reichspräsidenten ein oder zweimal empfangen worden. Barmat habe dann ein Bots vom sozialdemokratischen Parteivorstand telegraphisch „Verständigt den Reichspräsidenten, daß wegen Dauerzustand hiesiges Konsulat noch nicht verständigt ist“. Dieses Telegramm zeigt eine Weisheit des Reichspräsidenten, das auswärtige Amt habe neulich mitgeteilt, daß Barmat ein Bots auf längere Zeit erhalten solle. Ich wünsche, daß der Gesandte im Haag noch einmal erjucht werde. Da Rückfragen im auswärtigen Amt damals, im Mai 1919 nichts Nachteiliges gegen Barmat ergaben, wies das auswärtige Amt das Generalkonsulat in Amsterdam an, Barmat ein Dauervisum auszustellen.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen vom dem Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages über die Barmat-Affäre betonte Staatssekretär Meißner, daß am 1. August 1919 von der Postbehörde dem Büro des Reichspräsidenten mitgeteilt wurde, daß vom Fernsprecher des Amtes aus nichtamtliche Gespräche als Dienstgespräche nach dem Auslande erfolgt seien. Der auf Privatdienstvertrag im Büro beschäftigte Landtagsabg. Franz Krüger gab zu, daß er Barmat solche Gespräche nach Amsterdam gestattet habe. Die Gespräche seien selbstverständlich bezahlt worden. Daraufhin hat der Reichspräsident am 8. August strenge Anweisung gegeben, daß künftig nur amtliche Gespräche auszuführen seien. Der Reichspräsident sprach auch persönlich Krüger seine Mißbilligung aus. Weitere Nachforschungen ergaben, daß in mehreren Fällen Krüger ohne jeden Auftrag und entgegen dem klar ersichtlichen Willen des Reichspräsidenten für Barmat Empfehlungen ausgestellt oder für ihn Aufträge auf Ausstellung von Visen erteilt hatte.

Der deutschnationale Abg. Dr. Deereberg legt Wert auf die Feststellung, ob Krüger das Schreiben mit Genehmigung des Reichspräsidenten verfaßt und abgeschickt habe. — Staatssekretär Meißner erwidert, der Reichspräsident habe einmal gesagt, daß er Verantwortung genommen habe, mit Krüger ein ernstes Wort zu reden. — Abg. Kufste (Dem.) erklärte, daß nach den Darlegungen des Staatssekretärs als erwiesen angesehen werden könne, daß der Reichspräsident in dieser Frage absolut korrekt gehandelt habe, ebenso der Zentrumsgewählte Schwering.

Der Minister des Innern Severing sagte aus, im November 1922 sei er von dem ehemaligen Reichskanzler Bauer gebeten worden, sich dafür zu interessieren, daß der Familie Barmat von der holländischen Gesandtschaft auf der Durchreise von Russland durch Deutschland nach Holland keine Schwierigkeiten gemacht werden. Auf Wunsch Bauers hat das auswärtige Amt seine Zustimmung erteilt und gebeten, dies auch von Preußen zu veranlassen. Als später dem Innenministerium vom auswärtigen Amt mitgeteilt worden sei, die Angabe, die Familie Barmat gehöre zur holländischen Gesandtschaft könne unmöglich stimmen, habe der Minister Severing im auswärtigen Amt und auch durch Rücksprache mit dem Reichskanzler a. D. Bauer feststellen beabsichtigt, wie die irrtümliche Angabe von der Zugehörigkeit der Familie Barmat zur holländischen Gesandtschaft habe entstehen können. Eine klare Feststellung sei aber nicht möglich gewesen.

Reichsminister a. D. Bauer erklärte, es handele sich weder um eine politische, noch um eine geschäftliche Aktion, sondern um eine rein menschliche Angelegenheit. Barmat habe ihm im Herbst des Jahres 1920 einen Brief seines Vaters gezeigt, dem, wie er sagte, an der beschränkt-rumänischen Grenze als Flüchtling mit seiner Familie sah und auf die Mithätigkeit anderer angewiesen war. Barmat habe ihn gebeten, ihm zu helfen. Er möchte seine Eltern gerne nach Holland bringen. Bauer sagte weiter, Staatsminister vom auswärtigen Amt, der das rumänische Referat hatte, habe ihm erklärt: Selbstverständlich will ich alles tun, da es sich hier um eine rein menschliche Hilfeleistung handelt, um Leute aus ihrem Elend herauszubringen. Bauer fährt fort, es habe durch seine Rede an Sebering vermeiden wollen, daß die preussischen Behörden dem Barmat Schwierigkeiten beim Grenzübergang machen. Wie die falsche Angabe der Zugehörigkeit der Barmats zur holländischen Gesandtschaft entstanden sei, könne er sich nicht erklären. Er habe keinesfalls eine solche Angabe gemacht. Durch Mitglieder der holländischen Sozialdemokratie habe er die allerbesten Auskünfte über Barmat erhalten, der schon vor dem Kriege ein Weltgeschäft gehabt hat. Barmat habe ihm feinerzeit um einen Empfang beim Präsidenten der Staatsbank gebeten. Er habe aber erst nach langen Drängen nachgegeben. Er habe sich gesagt, ein Institut wie die Staatsbank werde niemandem Kredit gewähren, ohne nicht ausreichende Sicherheiten zu erhalten. Wäre die Staatsbank so verfahren, wie sie es hätte tun müssen, so hätte sie nicht geschädigt werden können.

Der frühere Präsident der Staatsbank Dombold erklärte, auf Barmats Wunsch nach einem größeren Kredit habe er ihm zunächst nur eine bescheidene Summe gewährt. Das Geschäft sei durchaus gut gelaufen. Die Bitte Barmats um eine Genehmigung, daß einer der Generaldirektoren der Staatsbank einen Aufsichtsratsposten in einer Gesellschaft seines Konzerns übernehmen könne, sei entschieden abgelehnt worden.

Reichsminister a. D. Bauer erklärte auf eine Frage, daß er niemals von der Firma Barmat irgend welche perumären Vorteile gehabt habe. Polizeipräsident Richter erklärte, mit Antister habe er niemals etwas zu tun gehabt. Er habe auch für Barmat niemals eine Wohnungsangelegenheit befürwortet. Mit Barmat sei er eng befreundet, doch habe diese Freundschaft niemals einen Einfluß auf seine dienstliche Tätigkeit ausgeübt.

Bei seiner weiteren Berechnung erklärte Polizeipräsident Richter auf eine Frage, daß er kein Konto bei einer Barmatbank gehabt habe. Das Darlehen bei der Merkurbank im Betrage von 1000 Mark habe er mit Zinsen zurückbezahlt. Die Kosten zu seiner Reise nach Amerika seien ihm als eine Spende deutschfreundlicher Amerikaner von dem damals amerikanischen Vorkaufers persönlich überreicht worden. Die nächste Sitzung des Ausschusses findet am heutigen Freitag nachmittags statt.

Zu den Vorgängen in der Preussischen Landespfandbriefanstalt, die den Verwaltungsrat und seine Ausschüsse in den letzten Wochen mehrfach beschäftigt haben, wird durch den „Allgemeinen Preussischen Pressedienst“ folgendes mitgeteilt: Es ist richtig, daß die Landespfandbriefanstalt eine vom Staat im Leben gerufene öffentlich-rechtliche Anstalt, in zwei Einzelsätzen verfügbare Gelder zwar mit ausreichender Deckung, aber in satzungswidriger Weise angelegt hat. Der in erster Linie dafür verantwortliche Hauptgeschäftsführer ist nach Bekanntgabe der Vorwürfe unverzüglich aus dem Amt geschieden. Die

Wichtigkeit einer vorübergehenden Illiquidität, die einzige Schwierigkeit, die überhaupt in Frage kommen konnte, ist durch die bindende Zusage eines langfristigen Darlehens ausgeschlossen. Verluste sind nicht eingetreten. Das Pfandbriefgeschäft ist in keiner Weise betroffen. Die Beträge der umlaufenden Pfandbriefe sind durch fahungsmäßige Hypotheken stark überdeckt.

Die Berliner Blätter melden, daß heute der Aufsichtsrat der Bank zur Besprechung der Angelegenheit zusammengetreten wird. Zu einem strafrechtlichen Vorgehen gegen Geheimrat Rehring soll nach den bisherigen Feststellungen keine Handhabe gegeben sein.

Die Spiritaffären

Im Zusammenhang mit umfangreichen Spritschiebungen der letzten Zeit veranstaltete die Magdeburger Kriminalpolizei eine Überprüfung bei zahlreichen Firmen der Zuckerverarbeitung und Spirituosenfabrikation. Im Verlaufe der Aktion wurde der Kaufmann Gustav Schitt, Geschäftsführer der Spirituosenfabrik Obergüter, verhaftet und in das Polizeigefängnis eingeliefert. Schitt, der zugleich in Baden mehrere Spiritfabriken leitet, hat sich, wie die „Magdeburgerische Zeitung“ dazu meldet, in einem Strafverfahren zu verantworten, welches das badische Finanzamt wegen Hinterziehung beantragte. Er sei in ähnlicher Form wie die Betriebe des Weber-Konzerns vorgegangen. Wie die „Magdeburgerische Zeitung“ weiter zu der Angelegenheit erzählt, ist man der Meinung, daß die Angelegenheit Schitt mit der Angelegenheit Weber-Konzern zusammenhängt. Schitt soll Spirit vor allem nach Holland verschoben und dafür den Preis von 3,30 Mark erhalten haben, während der reguläre Preis 4,20 Mark beträgt. Auch soll er in Baden Geheimbrennereien besitzen, in denen er die nach Holland verschobene Ware herstellen ließ.

Politische Neuigkeiten

Das Programm des Reichsarbeitsministers

Zu Beginn der Beratung des Haushaltsausschusses des Reichstages über den Haushalt des Reichsarbeitsministeriums gab am Donnerstag Reichsarbeitsminister Dr. Brauns eine Übersicht über den Stand der Aufgaben der deutschen Sozialpolitik.

Die über aus der Inflation und der wirtschaftlichen Krise erwachsenen Schwierigkeiten können jetzt als überwunden gelten. In der Sozialversicherung sind fast alleinstehenden die früheren Leistungen wieder erreicht, ja zum Teil gesteigert. Die Unfallversicherung insbesondere wird in der nächsten Zeit von den Einzelrenten zu den Individualrenten zurückkehren, die dem Verdienst des Einzelnen angepasst sind. Die Pensions- und Hinterbliebenenversicherung für die Angehörigen freier Berufe, insbesondere für die Rentenanwärter, wird geprüft. In der gesamten Sozialversicherung sind organische Verbesserungen in den Grenzen der möglichen Vereinheitlichung, sowie die erhöhte Ergiebigkeit des unbedingten Ziel. Ein wertvoller Schritt in dieser Richtung ist die neue Textfassung der Angelegenheitsversicherung und der Reichsversicherungsordnung. Zur Frage der Ratifikation des Abkommens von Washington über den Achtstundentag konnte der Minister mitteilen, daß sich das gegenwärtige Reichsministerium der Erklärung des früheren Kabinetts angeschlossen. Das Reichsarbeitsministerium beginne mit der Vorbereitung einer neuen Arbeitszeitgesetzgebung. Trotz des langsamen und nur teilweise Wiederaufbaues der Wirtschaft konnten die Löhne erhöht und ihre Kaufkraft gehoben werden. Wenigstens hat sich auf dem heißen Gebiet der Lohngestaltung im großen und ganzen die Sachlage verbessert. Umfragen ist allerdings bei beiden Tarifparteien die Verbindlichkeitsklärung. Das Arbeitsgerichtsgesetz, das auf diesem Gebiete der Rechtsprechung durch sozialpolitisch gesicherte Richter bringen soll, steht bevor. Die Höhe der Gewerbesteuererhöhung seien im letzten Jahr auf 60-70 Prozent erhöht worden. Der Gesetzentwurf über die Arbeitslosenversicherung steht vor der Tür. In der die Sozialpolitik notwendigerweise ergänzenden öffentlichen Wohlfahrtsfürsorge ist endlich wieder ein einheitliches deutsches Fürsorgerecht geschaffen worden. Die praktische Durchführung ist allerdings Sache der Länder und Gemeinden. Im Wohnungsbau brachte das Jahr 1924 Fortschritte. Der Abbau der Wohnungsnotstandswirtschaft begann und kann fortgeführt werden, wenn gleichzeitig Mittel für den weiteren Wohnungsbau gesichert werden. Hierfür werden gleichmäßig die Annäherung an die Friedensmiete und die Abweigung einheitlicher Prozentsätze bei Friedensmiete zu dienen haben. Bei der Förderung des Wohnungsbaues wird auf die Wirtschaftsschwächen, auf die Kinderlosigkeit und die landwirtschaftlichen Siedlungen Rücksicht zu nehmen sein. Der Wohnungsbauer wird hierfür zu befähigen sein. In der Kriegswirtschaft sind die Maßnahmen der Kriegswirtschaftsbehörden für die Befähigung der Bevölkerung ohne Arbeit, wozu aber sicherlich die Hälfte völlig arbeitsunfähig ist.

Die Entschädigungen für die Ricumlasten

beschäftigten am Donnerstag den Haushaltsausschuss des Reichstages, wobei ein sozialdemokratischer Antrag besprochen wurde. Von sozialdemokratischer und kommunistischer Seite wurde Bestreben und starke Kritik darüber ausgesprochen, daß ohne entsprechende Grundlagen große Summen an Ruhrindustriellen ausgezahlt werden seien. Wenn die von der Regierung geforderte Denkschrift keine volle Aufklärung über die Sache gebe, soll gegebenenfalls ein Untersuchungsausschuss eingesetzt werden. — Die Demokraten beantragten, bei der gesetzlichen Regelung der Ansprüche die Verteilung so vorzunehmen, daß in erster Linie die wirtschaftlich schwachen Kreise (Beamte, Angestellte, Arbeiter, Mittelstand und Kleinindustrie) bei der Entschädigung berücksichtigt werden.

Die Kommunisten brachten zwei Anträge ein, darunter einen Mißtrauensantrag. Staatssekretär Fischer gab Summen der gezahlten Beträge an. Danach erhielten der Ruhrbergbau für die durch die Ricumlasten erprehten Reparationsleistungen rund 650 Millionen, die chemische Industrie rund 50 Millionen, der Braunkohlenbergbau des Aachener Reviers und die Rheinschiffahrt rund 45 Millionen Mark. Als Entschädigung auf Grund eines Sonderverfahrens wurden rund 70 Millionen Mark veranschlagt, die zum größten Teil noch nicht ausgezahlt wurden.

Über den Mißtrauensantrag der Kommunisten wurde nicht abgestimmt, da es nicht der Geschäftsordnung des Reichstages entspricht, daß politische Mißtrauensvoten im Anschluß zur Abstimmung gelangen. — Die Anträge der Sozialdemokratie, die Ausführung der mit der Ruhrkohlen-A.G. geschaffenen Vereinbarungen sofort einzustellen und die Ausführung der Bekanntmachung über die Ruhrschäden vom 10. 12. 24 vorläufig einzustellen, wurden abgelehnt. — Dagegen wurde der sozialdemokratische Antrag angenommen, der eine Vorlegung der Denkschrift über die Vergütung der Schäden verlangt.

Neuwahlen in Luzern. Die Blätter melden aus Luzern, daß das Kabinett aufgelöst und allgemeine Neuwahlen angedeutet wurden, da keine Möglichkeit vorhanden war, ein neues Ministerium zu bilden, das sich auf eine sichere Mehrheit hätte stützen können. Wie erinnerlich hatte die Ablehnung der Eisenbahnkonvention mit Belgien die Krise heraufbeschworen.

Dokumentendiebstahl bei der Replo

W.V. Paris, 30. Jan. Die Morgenblätter melden, daß der Generalsekretär der Reparationskommission im Dezember letzten Jahres durch einen anonymen Brief davon in Kenntnis gesetzt wurde, daß gewisse vertrauliche Dokumente nahezu regelmäßig aus den Akten der Replo verschwanden. Eine Hausdurchsuchung bei einem Angestellten führte zur Beschlagnahme einer Reihe von Dokumenten und mit Schreibmaschine geschriebenen Briefen, besonders Protokolle über interalliierte Besprechungen. Der Angeschuldigte gab zu im August 1924 mit einem Amerikaner namens Diers in Verbindung gestanden zu haben, der ihn um Mitteilung von Dokumenten, die die interalliierten Besprechungen betrafen, gebeten habe und der die Schriftstücke mit 500-600 Dollars bezahlte. Es handelte sich nicht um eigentliche Geheimdokumente, aber sie waren nicht zur Veröffentlichung bestimmt, sondern nur die alliierten Regierungen hatten das Recht, sie sich durch ihre Delegierten übermitteln zu lassen.

Nach einer weiteren Meldung hat die Untersuchung ergeben, daß der Amerikaner Diers die Protokolle an amerikanische Bibliothekare übermitteln hat, die sie aus wissenschaftlichem und historischem Interesse angenommen haben.

Kurze Nachrichten

Der frühere Reichsinnenminister Dr. Jarres, der sich zur Zeit auf einer Erholungsreise befindet, tritt am 2. Februar seinen Dienst als Oberbürgermeister von Duisburg wieder an, nachdem alle Bestimmungen, die seiner Einreise in die belgische Besatzungszone bisher entgegenstanden, beseitigt worden sind.

Der Bericht der Militärkontrollkommission. Der „Petit Parisien“ glaubt zu wissen, daß der endgültige Bericht der Militärkontrollkommission über die Generalinspektion in Deutschland früher als angenommen fertiggestellt sein werde. Man hoffe, daß er dem interalliierten Militärausschuss in Versailles schon gegen Mitte kommender Woche übergeben werden könne.

Vereinigung der Reichsbahnbeamten und Arbeiter. Heute ist auf der Hauptversammlung der Reichsbahn-Gewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamter die endgültige Vereinigung mit dem Deutschen Eisenbahnerverband vollzogen worden, um die Einheitsfront zwischen den Beamten und Arbeitern der Deutschen Reichsbahngesellschaft zu schaffen.

Die Kirchenwahlen in Berlin. In 48 der Groß-Berliner Kirchengemeinden, wo ein Wahlkampf stattgefunden hat, sind gewählt: Positiv 1637, Liberale 723, Gruppe der Mitte 149, religiöse Sozialisten 27, Bund für deutsche Kirche 11, 15 bis 20 v. H. der neugewählten Gemeindeglieder sind Frauen.

Ausflug Thüringens an ein Nachbarland? Im Thüringer Landtag erklärte Finanzminister Dr. von Kühner in seiner Rede, entgegen gewissen Gerüchten bestehe kein Mitglied der Regierung daran, Thüringen zu verlassen. Über die Frage des Anschlusses Thüringens an ein Nachbarland, wenn sie aufgerollt werde, würde das Volk selbst zu entscheiden haben.

Streik in der Saarländischen Fertigungsindustrie. Wie aus Saarbrücken gemeldet wird, wurde in einer sehr stark besetzten Belegschaftsversammlung der Fertigungsindustrie in einer geheimen Abstimmung gegen eine geringe Minderheit der Streik beschlossen. Der Streik ist Donnerstag vormittag in Kraft getreten.

Das deutsch-polnische Abkommen wurde vom polnischen Sejm in 2. und 3. Lesung ratifiziert.

Sun-Yat-Sen †. Die japanische Nachrichtenagentur meldet aus Peking, daß Sun-Yat-Sen gestorben ist.

Badischer Teil

Kultivierung des Kallbrunner Rieds

In Nr. 18 der „Freien Stimme“ (Radolfzell) vom 23. Januar 1925 wird behauptet, die Domänenverwaltung habe geistiges Eigentum des Diplomlandwirts Finus aus Radolfzell — es handelt sich um die Pläne für die Kultivierung des Kallbrunner Riedes — dem Diplomlandwirt Haug aus Augsburg, allerdings vergebens, angeboten und Finus habe deshalb die Pachtverhandlungen mit der Domänenverwaltung abgebrochen.

Demgegenüber muß, wie uns von zuständiger Seite mitgeteilt wird, festgestellt werden:

1. von einem „geistigen Eigentum“ des Diplomlandwirts Finus kann überhaupt nicht gesprochen werden, da seine Pläne zur Kultivierung des Riedes in gar keiner Weise von dem für jeden Sachverständigen Selbstverständlichen abgewichen sind;
2. die Domänenverwaltung war es, die mit Schreiben vom 5. November 1924 mit dem Abbruch der Verhandlung gedroht und die nach einer schriftlichen Entschuldig des Diplomlandwirts Finus wieder aufgenommenen Verhandlungen mit Schreiben vom 10. Januar 1925 endgültig abgebrochen hat. Diese Entschließung wurde von der Verwaltung gefaßt, nachdem Diplomlandwirt Haug noch unterm 29. Dezember 1924 dem Domänenamt mündlich erklärt hatte, daß Finus nach wie vor auf die Pachtung abhebe, und ferner in einem Schreiben des Diplomlandwirts Finus vom 1. Januar 1925 unabweislich zum Ausdruck gekommen war, daß Finus mit der Fortsetzung der Verhandlungen rechne;
3. richtig ist, daß die Verwaltung, nachdem sie zu der Überzeugung gekommen war, daß weitere Verhandlungen mit Finus zwecklos sind, bei Haug angefragt hat, ob er bereit wäre, die Verhandlungen, die bisher mit ihm und Finus gemeinsam geführt worden waren, allein fortzusetzen und daß Haug mit Schreiben vom 21. Januar 1925 diese Frage bejahte und dabei ausdrücklich erklärte, daß Finus einverstanden sei und ihm die bisher geführten Akten zur alleinigen Benützung zur Verfügung gestellt habe. Von der Domänenverwaltung hat Haug die von Finus aufgestellten Pläne für die Kultivierung des Riedes weder erhalten noch sind sie ihm etwa angeboten worden.

Verband badischer Gemeinden

Der Vorstand des Verbandes badischer Gemeinden hielt am 23. Januar in Karlsruhe eine Sitzung ab, in der u. a. folgende Beschlüsse gefaßt wurden:

Das Ministerium der Finanzen ist um Anordnung zu ersuchen, daß auch aus Staatswaldungen Laubstreu an minderbemittelte Landwirte abgegeben werden darf, nachdem für die Streuabgabe aus den Gemeinbewaldungen bereits gewisse Zugeständnisse gemacht wurden.

Die Regierung ist zu ersuchen, den Wohnungsbau auch durch Gewährung von verzinslichen Kapitalien an die Gemeinden zu fördern.

Die Vorstellungen bei der Regierung wegen Erhaltung der Steuereinnahmestellen sind mit Entschiedenheit fortzusetzen.

Die Änderung des badischen Steuerverteilungsgesetzes in dem Sinne, daß die Einkommen- und Körperschaftsteueranteile nach einem gerechteren Schlüssel verteilt werden, soll spätestens am 1. April in Kraft treten. Der Vorstand wird beauftragt, entsprechende Schritte hierwegen und wegen der Rückgewinnung der völligen Steuerhoheit zu unternehmen.

Zum Regierungsentwurf über die Änderung des Grund- und Gewerbesteuergesetzes sind folgende Änderungsvorschläge zu machen:

- a) Die Staffelung des Steuerfußes ist für die Landgemeinden zu umständlich. Die Progression soll deshalb in die Steuerwerte verlegt werden.
 - b) für die Besteuerung des Gemeindevermögens, das nicht öffentlichen Zwecken dient, sollen Steuererleichterungen beantragt werden.
 - c) Die Vorauszahlungen in Höhe der letztjährigen Steuer genügt in vielen Fällen nicht, es sollen deshalb prozentuale Zuschläge durch den Gemeinderat möglich sein.
 - d) Die Progression bei den Waldsteuerwerten ist abzuschaffen.
 - e) Die während der Inflation mit oder ohne Zuschuß erstellten Gebäude sollen Gemeindesteuerpflichtig sein, von der Staatssteuer sollen sie aber befreit bleiben.
 - f) An der Gewerbesteuerfreiheit der öffentlichen Sparkassen ist festzuhalten.
 - g) Die vom Finanzministerium aufgestellten Grundätze über Nachlaß und Erstattung der Gemeindesteuer sollen nicht unter allen Umständen für die Gemeinden bindend sein. Bei der Regierung ist nochmals Antrag auf unmittelbare oder mittelbare Beteiligung der Gemeinden an der Kraftfahrzeugsteuer zu stellen. Gleichzeitig ist zu beantragen, daß der Landesanteil an der Kraftfahrzeugsteuer am Landstrafenunterhaltungsaufwand, den die Gemeinden teilweise ersetzen müssen, in Abzug gebracht wird.
- Die Regierung soll um Prüfung ersucht werden, ob nicht die Landstrafen in verkehrsreichen Gegenden wegen des starken Kraftwagenverkehrs und wegen der daraus entstehenden Staubentwicklung gepflastert werden sollen.
- Für die Aufstellung der Namenslisten bei der Personalschuldenaufnahme zu Steuerzwecken soll die Reichssteuerverwaltung 10 Pfa. für die Person Vergütung leisten.
- Bei der Regierung ist zu beantragen, daß das Fortwirtschafsjahr auf 1. April verlegt wird.
- Die Änderung des § 26 des Schulgesetzes soll in dem Sinne beantragt werden, daß auch auf dem Lande durchweg höchstens 55 Schüler auf einen Lehrer entfallen dürfen.
- Die Ausbildung der Gemeindebeamten in Ausbildungskursen soll gefördert werden.

Aus der Landeshauptstadt

Erste Süddeutsche Luftfahrt-Ausstellung Karlsruhe

Es liegt begründet in dem großen Interesse, das alle Schichten der Bevölkerung unserem Luftwesen entgegenbringen, daß hier in der Landeshauptstadt der Karlsruher Luftfahrtverein eine Luftfahrt-Ausstellung veranstaltet. In den hiesigen Räumen der städt. Ausstellungshalle wird dieselbe vom 31. Januar bis 8. Februar abgehalten, mit dem Zweck, den Bewohnern von Karlsruhe sowie der näheren und weiteren Umgebung die praktische Verwendung unserer hochentwickelten deutschen Luftfahrt vor Augen zu führen, das Verständnis dafür zu erleichtern und der Jugend Wege zu zeigen, wie sie sich damit befassen kann. Ausgestellt sind neben fünf bis sechs Flugzeugen (mit und ohne Motor), auch im Rohbau, Propeller, Kleinmotoren, Verbundinstrumente, Flugzeugteile, Werkzeuge, Leichtmetallteile; aus dem Luftverkehrbetriebe Karten, Darstellungen von Flughafenanlagen und pPallen, Statistiken des Luftverkehrs, Luftpläne. Der Freiballon, Fesselballon, das moderne 3-Luftschiff, sind in Modellen, Bauteilen, zeichnerischen Darstellungen und Photographien vertreten. Eine besondere Gruppe bildet der Luftverkehrsdienst mit Hilfe der Wetterkunde. Neben den hierzu erforderlichen Instrumenten sind ein Pilotballon und ein Kastenballon ausgestellt, sowie zeichnerische Darstellungen.

Besonders hervorzuheben zu werden verdient die umfangreiche Abteilung „Das Luftbild“, welche in mühevoller Arbeit von dem Luftfahrtsachverständigen, unserem bewährten Führer, Herrn Dr. A. Eisenlohr geschaffen wurde. Die Bilder aus Baden, Württemberg und dem übrigen Deutschland, sowie aus dem Auslande (Schweiz, Spitzbergen, Ägypten u. a.) sind von solch überwältigender Schönheit, daß schon ihre Anwesenheit, besonders für den Naturfreund, der Besuch der Ausstellung sich lohnt. Besonders soll auf die Bedeutung des Luftbildes für die Architektur- und Stadtbaukunde (Baugeschichte) hingewiesen werden. Und welch ausgedehntes Gebiet eröffnet sich dem Luftbild z. B. bei der Verwendung desselben im Fernstudiumunterricht für die Jugend. Hier ist Anschauungsmaterial, wie es besser nicht geschaffen werden kann.

Auch die Abteilung „Luftpost“ ist sehr reichhaltig. Außer den Luftpostmarken fast sämtlicher Staaten, wird eine Reihe von Luftpostsendungen bedeutender Flüge gezeigt. Neben 25. und 50. Besucher werden unentgeltlich einige Luftpostmarken verabfolgt.

Dem Modellflugwesen ist ebenfalls sein Platz eingeräumt. Eine Reihe von Anschauungsmodellen, auch fliegenden (mit Gummi- oder Plekluftmotoren) sind zur Stelle. Neben Motorrädern sind auch Radiosender und -empfänger, hier gibt es nicht nur zu sehen, sondern auch zu hören! Eine Empfangsstation, wie sie z. B. III heißt, ist ebenfalls ausgestellt.

In der „Literarischen Abteilung“ ist fast die gesamte neuere Luftfahrtliteratur vereinigt. Dieser Abteilung schenke man besondere Beachtung, denn kein anderer Staat hat so gute Luftfahrtliteratur als gerade Deutschland.

Es soll hier nicht auf Einzelheiten eingegangen werden, im Ausstellungsführer wird alles Nähere zu lesen sein; doch soll noch darauf hingewiesen sein, daß in der Ausstellung Restauration, also für das leibliche Wohl gesorgt ist.

Auch die Filmfreunde werden auf ihre Rechnung kommen, es werden gezeigt der 3. A. III vom Flugzeug aus aufgenommen und der herrliche Spitzbergenfilm (von Junkers Spitzbergexpedition); sowie zwei Werksfilme, in den Flugzeugwerken von Junkers in Dessau, aufgenommen, wo die modernen Luftverkehrsklimousinen gebaut werden, welche in allen Ländern der Erde sich glänzend bewähren und so drauhen in aller Welt Zeugnis ablegen von deutscher Arbeit, deutschem Fleiß.

Die Zusammenstöße in Graben vor Gericht. Am Samstag, den 12. Juli d. J. waren zu der am folgenden Sonntag abgehaltenen Fahnenweihe der Bismarckjugend in Graben mit den Abendzügen zahlreiche auswärtige Gäste eingetroffen. Schon am Bahnhofe kam es zwischen Bismarckbündlern und einigen Angehörigen der sozialdemokratischen Partei zu Streitigkeiten, die später auch zu Tätlichkeiten ausarteten, als die auswärtigen Teilnehmer in geschlossenem Zuge nach ihrem Lokale marschierten. Die Folge jener Vorgänge war, daß fünf junge Arbeiter aus Graben Strafbefehle erhielten, wegen sie Verurteilung einlegten, die heute vor dem Großen Schöffengerichte in Karlsruhe verhandelt wurde. Die der Körperverletzung angeklagten, bisher unbestraften Leute erklärten, in Notwehr gegen die zum Teil mit Knüppeln und Totschlägern bewaffneten Bismarckbündler gehandelt zu haben. Nach einer umfangreichen Beweisaufnahme — es waren etwa 20 Zeugen geladen — wurde folgendes Urteil verkündet: Die Angeklagten erhielten Geldstrafen von 10, 20 und 80 Mark. Zwei der Angeklagten wurden freigesprochen.

Ein unverbesserlicher Dieb. Vor dem Schöffengericht Karlsruhe stand der aus Durlach gebürtige und in Karlsruhe wohnhafte Stuhlflechter August Klar, ein schon acht Mal vorbestrafter 25jähriger Mensch wegen Muffallsdiebstahls. Er hatte sich Flaschenwein zugelegt, den er in einem fremden Keller holte, ferner in einer Wohnung durch Einbruch einen Gehring und 36 Mark Bargeld gestohlen und schließlich in einem hiesigen Café Muffalstücke zum eigenen Gebrauch ausgefuchst, wobei ihm das Schicksal ereilte. Der Bürsche beschied die Frechheit, seine Freisprechung zu verlangen. Das Gericht dachte aber anders und schickte Klar auf 2 Jahre ins Gefängnis.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	30. Jan.		29. Jan.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	169.04	169.46	169.04	169.46
Kopenhagen 100 Kr.	74.91	76.09	74.06	75.24
Italien . . . 100 L.	17.44	17.48	17.50	17.54
London . . . 1 Pf.	20.07	20.17	20.11	20.16
Newport . . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	22.70	22.76	22.72	22.78
Schwiz . . . 100 Fr.	80.92	81.12	80.95	81.15
Wien 100 000 Kr.	5.90	5.92	5.90	5.92
Prag . . . 100 Kr.	12.46	12.50	12.48	12.52

Zuteilung über 100 Prozent

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung der Devisenbeschaffungsstelle vom 27. Januar d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold 86 Sh 11 d, bezw. für ein Gramm Feingold 33,5832 pence.

Verschiedenes

Ein Skandal im Frankfurter Wohnungsbauamt. BzB. Frankfurt a. M., 30. Jan. Der Direktor des hiesigen Wohnungsamtes Greßer und andere Beamte des Wohnungsamtes sind heute vormittag unter dem Verdacht festgenommen worden, gegen hohe Bezahlung Wohnungen verschoben zu haben. Der Schwiegersohn des Direktors soll in Verbindung mit einem Architekten in einem Raum des Wohnungs-

amts unter den Augen seines Schwiegersvaters ein Wohnungsbüro unterhalten haben. In die Angelegenheit sind auch verschiedene Kaufleute und Möbelhändler verwickelt.

Taschendieb und Kriminalbeamte

Ein in Hamburg festgenommener Taschendieb, der an Kriminalbeamte das Anfinnen gestellt hatte, mit ihm gemeinsame Sache zu machen, erklärte, auch in Leipzig sei es ihm gelungen, einen Beamten hierfür zu gewinnen. Die Ermittlungen ergaben, daß der Kriminalhauptwachmeister Kowel in Leipzig, der den D-Zug Leipzig-Hamburg ständig zu begleiten hatte, um nach Taschendiebstahl zu fahnden, sich vor diesem hatte bestechen lassen. Wie die Hausfuchung ergab, hat Kowel beträchtliche Summen erhalten; man fand bei ihm für über 3000 Mark Dollar- und Pfundnoten.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung
Die Vereinigung der abgeordneten Gemarlung Hochwald mit der Gemeinde Reichenbach.

Der zwischen der abgeordneten Gemarlung Hochwald und der Gemeinde Reichenbach, Amtsbezirk Lothar, abgeschlossenen Vereinbarung über die Vereinigung der abgeordneten Gemarlung mit der Gemeinde Reichenbach wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1925 die staatliche Genehmigung erteilt.
Karlsruhe, den 23. Januar 1925.
Der Minister des Innern.
Kemmle.

Badische Lichtspiele

für Schule und Volksbildung
Konzerthaus

Samstag, 31. Januar, nachmittags 4
und abends 8 Uhr D. 980

Erstaufführung:

Die Weltausstellung in Wembley 1924

Beschickt aus allen Teilen des Britischen Weltreiches. Canada, Australien, Neuseeland, Bermuda, Goldküste, Westafrika und vielen anderen. Abgesandte von dort führen Volksbräuche, Reiter-Kunststücke, Stierkämpfe und mehr vor.

Wie baue ich mir einen Radio?

Wiederholung: Sonntag, 1. Februar, nachmittags 4 Uhr, Montag, 2. und Mittwoch, 4. Febr., jeweils abends 8 Uhr, Mittw. auch 4 Uhr nachm.

Vorverkauf: Musikhaus Müller, Kaiserstraße
Preise: Mark 1.70, 1.50, 1.—, 0.60 — Studierende und Schüler zahlen gegen Ausweis halbe Preise

Brückenwaage

Mittelbad. Gemeinde verkauft eine neu eingebaute
engef. Fabrikat, Tragkraft 10000 kg, Brücke 5x2 m, wegen Anschaffung einer Waage mit größerer Tragkraft. Anfragen unter D 985 vermittelt die Geschäftsst. ds. Bls.

Dr. Ing. Adolf Ludin

Beratender Ingenieur (V.B.J.)
Charlottenburg 9
Kirschenallee 1 C
D 930

Hiermit gebe ich bekannt, daß ich unter dem 12. Dezember 1924 meine Verbindung mit der Ingenieurfirma

LUDIN A.-G.
in Karlsruhe i. B.
aufgelöst habe

Die Regelung des Verkehrs auf dem Platz vor dem Hauptbahnhof hier betr.

Auf Grund des § 386, 10 StGB. §§ 2, 23 Str. G. wird mit Zustimmung des Stadtrats und nach erfolgter Vollziehbarkeitserklärung seitens des Herrn Landeskommissärs als § 38 Abs. 2 der städt. Str. G. folgende

Ortspolizeiliche Vorschrift
erlassen:
Bei dem Hauptbahnhof ist die südliche, zwischen dem Empfangsgebäude und der Straßenbahn gelegene Fahrbahn für den Durchgangsverkehr von Fahrzeugen aller Art (einschließlich der Kraftfahrzeuge) gesperrt.
Die Vorschrift tritt sofort in Kraft.
Karlsruhe, den 30. Januar 1925.

220. Engen. über das Vermögen des Schneidemeisters Oskar Karl in Engen wurde heute am 28. Januar 1925, nachmittags 6 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.
Der Rechtsanwalt Dr. Stoffer in Stodach wurde zum Konkursverwalter ernannt.
Konkursforderungen sind bis zum 28. Februar 1925 bei dem Gerichte anzumelden.
Es wird Termin anberaumt vor dem diesfälligen Gerichte zur Befehl-

fassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 182 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf
Freitag, 20. März 1925, vormittags 10 Uhr.
Alle Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache im Besitz haben oder zur Konkurs-

masse etwas schuldig sind, wird aufgefordert, nichts an den Gemeinschuldner zu verabsorgen, oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Verfall der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, den Konkursverwalter bis zum 28. Februar 1925 Anzeige zu machen.
Engen, 28. Jan. 1925.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Badisches Landestheater

Samstag, 31. Januar. 7 1/2 b. n. 9 1/2 Uhr. M. 4.50. Th.-Gem. II. Sondergr.

Zum erstenmal: **Der Liebestrank.**
Grotteske in 3 Aufzügen von Frank Wedekind.



Badisches Landestheater

SPIELPLAN: I.—10. FEBRUAR 1925

IM LANDESTHEATER:

SONNT. **Margarete.** 6 b. n. 9 1/2 UHR
* Th.-Gem. III. Sondergruppe. (7.—)

MONT. **5. Sinfonie-Konzert des Bad. Landestheaterorchesters** 7 1/2—9 1/2 UHR
Leitung: Staatskapellmeister Alfr. Lorentz. Solist: Prof. Gustav Havemann-Berlin (Violine), Max Trapp-Berlin. Werke von Rosenstock, Trapp und Berlioz. Th.-Gem. 801—1000, 1701—2000, 2001—2300. (4.50)

DIENST. **Der Liebestrank.** 7 1/2 b. n. 10 UHR
* B 16. Th.-Gem. 1301—1700. (4.50)

MITTW. **Undine.** 7—10 UHR
* D 15. Th.-Gem. 301—500. (6.—)

DONNT. **Mignon.** 7—10 UHR
* C 16. Th.-Gem. 501—800. Volksbühne 6. (6.—)

SAMST. **König Richard der Dritte.** 7 b. g. 1/2 11 UHR
* G 15. Th.-Gem. 1—300, 801—1000. Volksbühne 6. (4.50)

SONNT. **Neu einstudiert: Rienzi.** 6—10 UHR
Große Oper von Richard Wagner. (7.—)
Fremden- und Schülervorstellung

MONT. **Faust I. Teil** 6—10 UHR
(4.50)

DIENST. **Intermezzo.** 7—10 UHR
* E 16. Th.-Gem. 1001—1300. Volksbühne Sondergruppe. (6.—)

IM KONZERTHAUS:

SONNT. (1.) In der Neueinstud. **Das Glas Wasser.** 7—1/2, 10 UHR
(3.80)

Einmaliges Operetten-Gastspiel (Direktion Max Müller-Schauspielhaus Pforzheim)
FREIT. Zum 1. Male: **Die Frau ohne Kopf.** 7 1/2—9 1/2 UHR
Operette in 3 Akten. Musik von Walter Kollo. (4.50)

SONNT. (8.) **Liebfrauenmilch.** 7 b. g. 1/2, 10 UHR
(3.80)

Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufsrecht der Abonnenten und Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 31. Jan., nachm. 1/4—5 Uhr, allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch von Montag, 2. Jan. an. Auslosung der Karten für die Teilnehmer der Theater-Gemeinde jeweils am Vortag der Aufführung in der Geschäftsstelle (9—1, 4—6 Uhr).

220. Engen. über das Vermögen des Schneidemeisters Oskar Karl in Engen wurde heute am 28. Januar 1925, nachmittags 6 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.
Der Rechtsanwalt Dr. Stoffer in Stodach wurde zum Konkursverwalter ernannt.
Konkursforderungen sind bis zum 28. Februar 1925 bei dem Gerichte anzumelden.
Es wird Termin anberaumt vor dem diesfälligen Gerichte zur Befehl-

Rheinische Hypothekenbank in Mannheim.

Wir laden die Herren Aktionäre zur
53. ordentlichen Generalversammlung

auf
Donnerstag, 26. Februar 1925, vormittags 11 1/2 Uhr
in das Gebäude der Rheinischen Hypothekenbank, Nr. 2, 1 dahier ein.

Tagesordnung:

1. Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr; Vorlage der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung. Beschluß hierüber und über die Gewinnverteilung.
2. Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrats.
3. Aufsichtsratswahl.

Jede Aktie gewährt das Stimmrecht, das selbe kann auch vertretungsweise durch einen anderen mit schriftlicher Vollmacht versehenen Aktionär ausgeübt werden. Eintrittskarten zur Generalversammlung erteilen:

in Mannheim: unsere Bank,
in Mannheim und den bezüglichen Orten: die Rheinische Kreditbank und deren Filialen und die Badische Bank,
in Frankfurt a. M.: die Deutsche Vereinsbank, die Direktion der Diskontogesellschaft, die Darmstädter und Nationalbank, die Deutsche Bank Filiale Frankfurt a. M. und die Frankfurter Hypothekenbank,
in Stuttgart: die Bürttembergische Vereinsbank Filiale der Deutschen Bank,
in Berlin: das Bankhaus S. Meißner und die Direktion der Diskontogesellschaft.

Hinsichtlich der Anmeldungen zur Teilnahme an der Generalversammlung usw. ist § 43 der Statuten maßgebend.
Mannheim, den 30. Januar 1925. D 984

Rheinische Hypothekenbank.

Hoher Nebenverdienst!
Fabrik in Köppelspeisen u. Hemdenpasssen gibt fertigen Reutenkommissionärs-lager zum Verkauf an Private. — Bei guten Referenzen ist Kapital nicht erforderlich. Gesf. Anfr. an W. Wolff & Co., Barmen Gr. Kurstr. 13 D 945

Das Forstamt Staufen I verkauft frei aus Domänenwaldbüsch. Finsterstal u. Wöden ca. 605 Hm. Rabellangholz, 127 Hm. Eichen II/VI, 55 Hm. Buchen I/V u. 65 Hm. Buch. Schwellenholz I/II Kl. Oberforstwart Seng in Staufen zeigt das Holz vor. 3.260 Angebote in % der R. Gr. Br. bis Dienstag, den 10. Februar an das Forstamt Staufen I erbeten. Zuschlagsfrist 5 Tage, Kostverzeichnisse durch das Forstamt.

Publikationsversteigerung
Das Forstamt Philippsburg versteigert am Montag, den 2. Februar 1925,

Effentliche Versteigerung alter, für Eisenbahnzwecke nicht mehr geeigneter Geräte, darunter Abfallholz, Gobelbänke, Schränke, Tische, Stühle, Pulle, Wäse, Fachgeschle, Lampen für Erdölglühlicht ein Rosten Zinkleitung, Manteldrähte mit Eisen, Aluminium- u. Kupferleitern, Zementdröhen, elektr. Apparate, Galvanometer usw. am Dienstag, 3. Februar 1925, vormittags 8 1/2 Uhr beginnend, im Gerätehauflager Karlsruhe, alter Personenbahnhof (Eingang Müppurrerstr.). 3.256.2.1 Karlsruhe, 27. Jan. 1925. Reichsbahndirektion — Materialamt.

Anfertigen und Aufstellen eines 295 m langen eisernen Geländers im Gewicht von 9200 kg. Bedingnisheft und Zeichnungen liegen in unserer Kanzlei auf, wofür auch Angebote, soweit Vorrat, gegen Entrichtung der Gesellschaften abgegeben werden. Einreichung der Angebote mit Aufschrift „Geländer Hornberger Talübergang“ an uns bis 16. Februar 1925, vorm. 11 Uhr; Öffnung 11 1/2 Uhr vorm. Zuschlagsfrist 14 Tage.
Der Vorstand der Bahnbauinspektion Billigen.